

Geschäftsjahr 2016



Sebastian Erich



Monika Traub



Patrick Götz

Vorstand

Vorsitzender des Vorstandes

Sebastian Erich

Mitglieder

Monika Traub (bis 31.01.2017)

Mag. Patrick Götz (seit 1.02.2017)

Aufsichtsrat

Vorsitzender

MMag. Ingo Bleier

Erste Group Bank AG

Vorsitzender-Stellvertreter

Mag. Gregor Deix

Erste Bank der österr. Sparkassen AG

Mitglieder

Dr. Ernst Rath

Steiermärkische Bank und Sparkassen AG

Dr. Christian Terink

Allgemeine Sparkasse Oberösterreich Bank AG

Mag. Dr. Claudia Süssenbacher, Wien

Erste Bank der österr. Sparkassen AG

Vom Betriebsrat entsandt

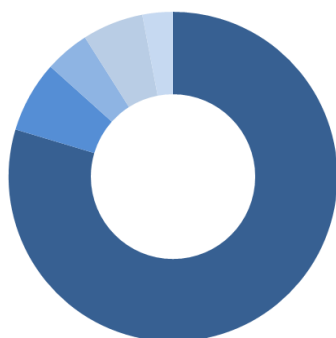
Gabriele Gilly

Brigitte Gürtler

Friederike Praunshofer

Gesellschafter

Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG, Wien (bis 11.01.2017)	● 79,62 %
Erste Group Bank AG, Wien (ab 12.01.2017)	● 79,62 %
Steiermärkische Bank und Sparkassen Aktiengesellschaft, Graz	● 7,00 %
„Die Kärntner“ Trust-Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH & Co KG	● 4,38 %
Allgemeine Sparkasse Oberösterreich Bank AG	● 6,00 %
NÖ-Sparkassen Beteiligungsgesellschaft mbH	● 3,00 %



Wirtschaftsprüfer

Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H.

Lagebericht des Vorstandes

Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage

Die inländische Konjunktur gab im Jahr 2016 nach der Stagnation im Vorjahr wieder ein kräftiges Lebenszeichen von sich. Der Konsum der privaten Haushalte und die Investitionen der Unternehmen expandierten wieder deutlich. Das Wachstum des österreichischen BIP im Jahr 2016 betrug (in vorläufiger Rechnung) 1,5 %. Laut aktuellen Prognosen der beiden österreichischen Forschungsinstitute WIFO und IHS sollte das BIP im Jahr 2017 abermals um 1,5 % zulegen können. Im Euroraum betrug das Wachstum 2016 (vorläufig) 1,8 %.

Obwohl das Wirtschaftswachstum in Österreich jedoch immer noch auf einem niedrigen Niveau ist, wuchs der Factoring Markt im Jahr 2016 um insgesamt 7,43 % auf € 19,6 Mrd. Dies ist ein Zeichen dafür, dass das Produkt Factoring weiterhin – und wie schon in den vergangenen Jahren – als sinnvolle, komplementäre Finanzierungsform von vielen österreichischen Unternehmen aufgenommen wird.

€ 4,7 Mrd. des Gesamtumsatzes in Österreich wurden im Jahr 2016 in unserem Haus abgewickelt. Die Intermarket Bank AG erreichte damit ein Wachstum von 11,6 %, und liegt damit deutlich über dem Wachstum des österreichischen Factoringmarktes und erreicht nunmehr einen Marktanteil von knapp 24 %.

Das niedrige Zinsniveau und die anhaltende Geldpolitik der EZB, durch Ankauf von Wertpapieren Geld in die Finanzmärkte zu leiten, lassen auch im Factoringmarkt die Margen sinken. Der Nettozinsertrag der Intermarket lag im Jahr 2016 bei EUR 5,974 Mio., das ist ein Plus von 8,34 % im Vergleich zum Vorjahr. Prozentuell ist der Zuwachs im Nettozinsertrag jedoch unter dem Umsatzzuwachs. Die Gründe dafür sind die sinkenden Zinsmargen, aber auch der sinkende Liquiditätsbedarf der Kunden, und der damit verbundenen geringeren Inanspruchnahme der möglichen Kaufpreisanzahlung. Der Provisionsertrag lag bei € 7,3 Mio., das ist ein Plus von 9,13 %.

Service- und Dienstleistungsqualität sind im wachsenden Factoringmarkt ein wesentliches Entscheidungskriterium. Sowohl bei regelmäßig (rd. alle 3 Jahre) stattfindenden Kundenumfragen als auch bei unseren Kundengesprächen werden der Intermarket Bank Bestnoten gegeben. Unsere Strategie „Wachstum mit Qualität“ wollen wir auch in Zukunft beibehalten.

Die Intermarket Bank ist mit Februar 2016 auf den Erste Group Campus übersiedelt. Wie im letzten Bericht bereits erwähnt, wurde deshalb unser langjähriges Stammhaus in Wien 3. verkauft. Dies hat im laufenden Jahr zu einem positiven Einmaleffekt in Höhe von € 2,876 Mio. geführt. Dem gegenübergestellt ist der positive Einmaleffekt im Vorjahr aus dem Handelsergebnis in Höhe von € 0,712 Mio. Zur besseren Vergleichbarkeit werden diese beiden, die Betriebserträge beeinflussenden Effekte, nachfolgend nicht berücksichtigt.

Die gesamten Betriebserträge sind um 5,5 % auf € 12,728 Mio. gestiegen. (2015: € 12,062 Mio.)

Der Personalaufwand beinhaltet die Veränderung der langfristigen Personalrückstellungen, diese werden versicherungsmathematisch auf Basis des Kapitalmarktzinses berechnet und unterliegen daher größeren Schwankungen. Die Berechnung führte für 2015 zu einem Ertrag von € 0,516 Mio., hingegen für 2016 zu einem Aufwand von € 0,167 Mio.

Ohne Berücksichtigung der langfristigen Personalrückstellungen konnte der Personalaufwand wiederum leicht reduziert werden und liegt mit rd. 45 % der bereinigten Betriebserträge bei € 5,671 Mio. Wir glauben, dass wir damit ein nachhaltig zufriedenstellendes Effizienzniveau erreicht haben.

Die sonstigen Verwaltungsaufwendungen sind um 31,4 % auf € 1,985 Mio. (2015: € 1,511 Mio.) gestiegen. Dies ist ausschließlich auf den Umzug auf den Erste Campus zurückzuführen, im Vergleich zu den Vorjahren müssen wir Miete bezahlen, was zu einem laufend erhöhten Raumaufwand und Bürobetriebsaufwand führt.

Wir sind überzeugt davon, dass der Vorteil, nunmehr auch geographisch in den Erste Group Konzern eingebunden zu sein, zu langfristigen Synergien und Effizienzsteigerungen führt.

Auch aufgrund dieser Mehrkosten ist unser um Sondereffekte bereinigtes Betriebsergebnis auf € 4,865 Mio. leicht gesunken.

Nach 2 Jahren mit positiven Risikokosten sind wir im Jahr 2016 bei unseren langfristig geplanten Risikokosten von rd. 33 Basispunkten der durchschnittlichen Finanzierung – oder € 1,000 Mio. gelandet. Wir haben insbesondere im 2. HJ 2016 einen Anstieg der Insolvenzen bei Kleinbetrieben verzeichnet. Wie in den vergangenen Jahren und entsprechend der Risikostruktur unseres Geschäfts gehen wir auch künftig von einer hohen „recovery rate“ unserer NPLs aus.

Zusammenfassend – und inklusive des Einmaleffektes aus dem Anlagenverkauf – weisen wir ein erfreuliches Vorsteuerergebnis von € 6,795 Mio. aus (2015: € 6,667 Mio.).

Die Bilanzsumme beträgt per 31.12.2016 EUR 317 Mio. – dies ist eine Steigerung von 11 % zum letzten Jahr.

Der maßgebliche Teil der Aktiva besteht aus Forderungen an Debitoren unserer Kunden im Ausmaß von € 308 Mio. Unser Geschäft wird fast zur Gänze innerhalb der Erste Bank und Sparkassengruppe refinanziert (Gesamt-Stand der Refinanzierung 31.12.2016 € 236 Mio., davon 220 Mio. innerhalb der EB Gruppe).

Das Eigenkapital per 31.12.2016 beläuft sich auf € 41,4 Mio. Gem. Verordnung (EU) Nr. 575/2013 betragen die anrechenbaren Eigenmittel € 41,3 Mio. – dies entspricht einer weiterhin sehr soliden Core Tier 1 Eigenkapitalquote 12,90 %.

Eine für die Intermarket maßgebliche Kennzahl ist die Cost-Income Ratio (CIR); der im Geschäftsjahr angefallene Verwaltungsaufwand wird ins Verhältnis zu den Betriebserträgen gestellt. Die CIR für 2016 beträgt 50,4 % (2015: 53,9 %).

Den Return on Equity (ROE) berechnet die Intermarket auf Basis des Jahresüberschusses vor Steuern (bereinigt um die oben erwähnten Einmaleffekte) im Verhältnis zu den erforderlichen Eigenmitteln (= das regulatorisch notwendige Kapital). Der ROE für 2016 beträgt 15 % (2015: 25 %). Der große Unterschied wird maßgeblich durch die Risikokosten beeinflusst. (Auflösung der EWB in Höhe von T€ 783 in 2015; Zuführung zur EWB über T€ 986 in 2016)

Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken

Für 2017 rechnen die Ökonomen weiterhin mit einem verhaltenen Wachstum von 1,5 %. Die Unsicherheiten innerhalb der EU (BREXIT / punktuell hohe Staatsverschuldung etc...) werden auch 2017 die Konjunkturmaßnahmen und insb. die Zinspolitik der EZB bestimmen. Hinzu kommt erhebliche Unsicherheit durch den Präsidentenwechsel in den USA.

Diesem unsicheren Hintergrund zum Trotz und aufgrund der vertriebsseitigen Initiativen rechnet die Intermarket weiterhin mit einem Geschäftswachstum, da die enge Verbindung zur Erste Bank Gruppe und dem Sparkassensektor nicht nur einen stärkeren Zugang zu Neukunden sondern auch Unterstützung bei neuen Factoring-Produkten (Stichwort „Supply Chain Finance“) bringen wird.

Mit 5,5 % angekauftem Forderungsvolumen p.a. gemessen am lokalen BIP liegt Österreich verglichen mit dem EU-Schnitt (10,5 %) im unteren Drittel.

Mit dem gut aufgestellten Vertriebsteam sowie einer anhaltend hohen Dienstleistungsqualität erwarten wir daher auch für 2017 ein solides und risikoadäquates Volumswachstum.

Das Risikomanagement wird im gesamten Unternehmen als integriertes System, das auf die Geschäftspolitik und alle Geschäftsprozesse Einfluss nimmt, verstanden. Das Risikomanagementsystem wird kontinuierlich weiterentwickelt und angepasst. Die Kontrolle und Steuerung der banktypischen Risiken erfolgt durch strategische Rahmenvorgaben für alle relevanten Risikoarten.

Auf dieser Basis erfolgt die Risikoerfassung und Überwachung all jener Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben könnten.

Zur Erkennung von Risiken, die für die zukünftige Entwicklung gefährdend sein können, wird ein Früherkennungssystem verwendet.

Das System ist konform mit den aktuellen, regulatorischen Vorgaben. Es kommen für das Kreditrisiko der Standardansatz und für das operationale Risiko der Basisindikatoransatz zur Anwendung.

Partnerrisiko

Beim Kreditrisiko wird besonderes Augenmerk auf die Weiterentwicklung der factoring-spezifischen Ratingverfahren gelegt.

Am Beginn von Geschäftsbeziehungen wird der detaillierten Risikobeurteilung jedes Engagements hoher Stellenwert beigemessen. Für die Bonitätseinstufung werden Beurteilungsverfahren eingesetzt, die mit den Systemen der Erste Bank- und Sparkassen-Gruppe harmonisiert sind.

Zusätzlich erfolgt eine fundierte Analyse der Forderungsqualität (Factorabilität). Diese beinhaltet die Bewertung relevanter Faktoren, wie z.B. Verität, Abnehmerstreuung und branchenspezifische Modalitäten, die Einfluss auf die Einbringlichkeit oder mögliche Verwässerung einer Forderung haben können.

Im laufenden Geschäft werden sowohl Bonität als auch Factorabilität in verschiedenen Intervallen und Prüftiefen überwacht.

Die Bonität wird zumindest jährlich neu beurteilt. Bei Verschlechterungen sind kürzere Intervalle verpflichtend.

Die angekauften Forderungen unterliegen einem laufenden Monitoring, das es ermöglicht, Veränderungen in der Forderungsqualität zu erkennen und steuernd darauf zu reagieren. Zusätzlich unterliegen mehr als 80 % des gesamten Finanzierungs-Portfolios einem Bonitäts-Monitoring.

Liquiditäts- und Marktrisiko

Da die Intermarket Bank nicht im Bereich des Einlagengeschäfts tätig ist, wird zur Refinanzierung der Interbanken-Markt genutzt. Weitere Gründe dafür liegen in der Kurzfristigkeit und der laufend überwachten Fristenkonformität des Liquiditätsbedarfs, wodurch das Zinsrisiko sehr gering ist.

Forderungen in Fremdwährungen werden grundsätzlich währungskonform refinanziert. Somit sind auch die Währungsrisiken gering zu bewerten.

Zusätzlich wurden für diese Risiken Limite definiert, die periodisch überwacht werden.

Unsere Bankpartner sind langjährig und kommen mehrheitlich aus dem Kreis der Erste Bank- und Sparkassen-Gruppe. Es konnte daher immer für ausreichende Refinanzierung gesorgt werden.

Operationale Risiken

Als operationales Risiko wird die Gefahr von Verlusten, die durch Unangemessenheit oder Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignissen verursacht werden, verstanden. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken oder Reputationsrisiken.

Als Rechtsrisiken definiert die Intermarket Bank die Gefahr von Verlusten auf Grund der Verletzung von gesetzlichen und/oder vertraglichen Verpflichtungen, ethischen Standards und internen Richtlinien oder Verfahren.

Das Risikomanagement für operationale Risiken ist dezentral organisiert, um das Bewusstsein für die Bedeutung und Gefahren dieser Risikoart zu stärken und eine hohe Sensibilisierung im Unternehmen zu erhalten. Die Dokumentation erfolgt durch eine zentrale, systematische Verlustdatensammlung; die entsprechende Maßnahmenumsetzung wird laufend überwacht.

Zur Erkennung von Verbesserungspotenzialen sowie zur Weiterentwicklung des Risikosystems für operationale Risiken werden Self-Assessments und Risiko-Workshops eingesetzt.

Personalrisiken

Die durchschnittliche Zahl der direkt bei der Intermarket Bank angestellten Arbeitnehmer ist zum Vorjahr um 1 auf 52 Mitarbeiter gesunken. Aufgrund von Pensionierungen/Karenzen ist die durchschnittliche Zahl der dienstüberlassenen Mitarbeiter (inkl. Vorstand) um 3 auf 11 Mitarbeiter gesunken.

Insgesamt ist die Bank weiterhin mit 73 % weiblichen Mitarbeitern klar frauendominiert, worauf besonders bei der Gestaltung der Arbeitszeit Bedacht genommen wird.

Bericht über die Forschung und Entwicklung

Die Intermarket Bank betreibt keine Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten.

Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Die Intermarket Bank verfügt über ein detailliert ausgestattetes IKS, einzelne Abläufe des Rechnungslegungsprozesses sind in ausführlichen Arbeitsanweisungen festgehalten.

Die Kontrolle des IKS ist integrativer Bestandteil jeder Teil-Prüfung im jährlichem Prüfungsplan durch die interne Revision. Damit ist gewährleistet, dass die internen Kontrollsysteme den gesetzlichen Vorgaben entsprechen.

Kontrollumfeld

Die Aufbauorganisation ist im Organigramm in der jeweils gültigen Fassung geregelt; die Verbuchung der kundenbezogenen Geschäftsfälle erfolgt ausschließlich über das Ressort Markt, die Finanzbuchhaltung ist im Ressort Operations angesiedelt. Alle Mitarbeiter der Intermarket haben definierte (ethische) Leitlinien – v.a. Bankgeheimnis, Umgang mit personenbezogenen Daten, Insiderinformationen, Geschenkannahme – zu beachten.

Kontrollmaßnahmen

Es bestehen organisatorische Sicherungsmaßnahmen (zB Unterschriftenregelungen, Pouvoirregelung) als auch EDV-technische Kontrollen in Form von Zugriffsbeschränkungen auf Systeme und Ordner, sowie regelmäßige, verpflichtende Passwortänderungen. Das Factoringgeschäft wird über ein VORSYSTEM (AS400) verarbeitet und auf Einzelbelegbasis in das Finanzbuchhaltungssystem (SAP) übergeleitet. Die Überleitung wird vor den Monatsabschlussarbeiten auf Vollständigkeit überprüft. Die Plausibilitätsprüfung der Monatsergebnisse erfolgt mittels Soll/Ist-Vergleich. Das Finanzbuchhaltungssystem SAP wird konzernweit verwendet und beinhaltet damit eine Vielzahl an automatisierten Kontrollen (gemeinsamer Kontenplan, Prüfung doppelter Belegnummern, Steuer-codes, usw.).

Information und Kommunikation

Berichterstattung an den Aufsichtsrat

Für die quartalsweise stattfindenden Aufsichtsratssitzungen werden ausführliche Berichte an diesen zusammengestellt und umfassen einen detaillierten Risikobericht, den Bericht zum Quartalsergebnis sowie den aktuellen Ergebnisbericht (inkl. Soll/Ist Vergleich), den aktuellen Treasury-/Refinanzierungsbericht sowie einen Bericht der internen Revision zu den vergangenen Prüfungen und eventuellen Auffälligkeiten daraus.

Management-Informationssystem

In wöchentlichen Risikositzungen werden zwischen Kollegen aus Markt und Marktfolge aktuelle Risikothemen besprochen. Die monatlichen Ergebnisberichte werden dem Vorstand und B-1 Management präsentiert, gemeinsam analysiert und evaluiert.

Ebenfalls 1x monatlich wird ein Jour Fixe zur Besprechung der Einzelwertberichtigungen abgehalten und detailliert dokumentiert.

Finanzinformationen zur Wahrnehmung der Überwachungs- und Kontrollfunktion

Das Kontroll- und Steuerungssystem umfasst die Vor- und Nachkalkulation, monatliche Ergebnisberichte inklusive Budget-Soll/Ist-Vergleichsrechnung und der Ermittlung betriebswirtschaftlicher Kennzahlen. Die Budgetierung erfolgt jährlich für jeweils 5 Jahre, mehrere unterjährige Forecasts dienen der Überprüfung und ermöglichen Anpassungen.

Überwachung

Eingerichtete interne Überwachungsmaßnahmen

Im Rahmen der IKS werden risikobezogene laufende Kontrollen durchgeführt.

Wöchentliches Monitoring: auf Basis von statistischen Modellen und ausgewählter Kriterien werden wöchentlich aus dem System Auffälligkeiten herausgefiltert; diesen Auffälligkeiten wird im Detail nachgegangen und in einem wöchentlichen Jour Fixe behandelt und dokumentiert.

Das laufende Debitoren- und Versicherungsmanagement wird von einem Team von 4 Mitarbeitern auf Tagesbasis abgewickelt. Hier werden taggleich sowohl Debitorenlimite als auch Versicherungslimite überwacht; damit ist gewährleistet, dass jeweils nur im Rahmen vorhandener Limite finanziert wird. Sämtliche risikorelevanten Themen werden in den oben erwähnten wöchentlichen Risikositzungen zwischen Markt und Marktfolge besprochen und in Protokollen dokumentiert.

Interne Revision

Die Intermarket beschäftigt einen Vollzeit-Revisor. Der Revisor prüft laufend diverse Bereiche der Bank und geht hier nach einem gesetzlich/regulatorisch vorgegebenen und mit dem Vorstand abgestimmten Prüfplan vor. Zusätzlich dazu werden weitere Bereiche (auch unter Zuhilfenahme der Revision der Erste Bank Gruppe) je nach Bedarf geprüft. In regelmäßigen monatlichen Terminen werden die erstellten Berichte besprochen und eventuelle Maßnahmen daraus abgeleitet. Der Revisor untersteht dem gesamten Vorstand und stimmt sich eng mit dem leitenden Audit Management unseres Hauptaktionärs Erste Group Bank AG ab.

Wien, 14. März 2017

Der Vorstand

Sebastian Erich

Mag. Patrick Götz

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat wurde vom Vorstand während des Geschäftsjahres 2016 in regelmäßig abgehaltenen Sitzungen über den Gang der Geschäfte und über die Entwicklung der Intermarket Bank AG und ihrer Tochtergesellschaften sowohl schriftlich als auch mündlich unterrichtet.

Dadurch konnte der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrnehmen und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht des Vorstandes zum 31.12.2016 wurden von der Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H., Wagramer Straße 19, IZD Tower, 1220 Wien, geprüft. Die Prüfung hat nach ihrem abschließenden Ergebnis keinen Anlass zu Beanstandungen ergeben, sodass dem Jahresabschluss der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde.

Der Aufsichtsrat hat sich mit dem vom Vorstand vorgelegten Bericht einschließlich des Gewinnverwendungsvorschlages einverstanden erklärt und den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 gebilligt, der damit gemäß § 96 Abs. 4 des Aktiengesetzes festgestellt ist.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeitern für die Leistung und Einsatzbereitschaft im abgelaufenen Jahr.

Wien, am 23. März 2017

MMag. Ingo Bleier

Vorsitzende des Aufsichtsrates

Bilanz zum 31. Dezember 2016

Aktiva

	31.12.2016 €	31.12.2015 T€
1. Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	0,00	1
2. Forderungen an Kreditinstitute täglich fällig	6.695.634,97	11.373
3. Forderungen an Kunden abzgl. EWB	307.629.236,90	271.545
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von öffentlichen Emittenten von anderen Emittenten	359.794,30 89.241,00 449.035,30	361 361
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	567.483,94	616
6. Beteiligungen darunter: an Kreditinstituten EUR 70,00 (Vorjahr: TEUR 0)	70,00	0
7. Anteile an verbundenen Unternehmen darunter: an Kreditinstituten EUR 0,00 (Vorjahr: TEUR 0)	7,27	0
8. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	32.751,00	52
9. Sachanlagen darunter: Grundstücke und Bauten, die vom Kreditinstitut im Rahmen seiner eigenen Tätigkeit genutzt werden EUR 0,00 (Vorjahr: TEUR 859)	16.479,40	26
10. Sonstige Vermögensgegenstände	68.762,35	907
11. Rechnungsabgrenzungsposten	199.161,66	174
12. Aktive latente Steuern	1.052.078,70	0
	316.710.701,49	285.055
1. Auslandsaktiva	121.639.820,61	108.613

Passiva

	31.12.2016 €	31.12.2015 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten a) täglich fällig b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	24.214.924,70 211.896.433,10 236.111.357,80	33.145 169.607 202.752
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sonstige Verbindlichkeiten darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	24.681.412,82	24.974
3. Sonstige Verbindlichkeiten	2.441.761,60	6.081
4. Rechnungsabgrenzungsposten	1.418,28	1
5. Rückstellungen a) Rückstellungen für Abfertigungen b) Rückstellungen für Pensionen c) Steuerrückstellungen d) sonstige	1.204.963,00 3.278.996,00 10.233,00 1.294.969,21 5.789.161,21	1.166 3.151 76 1.769 6.162
6. Gezeichnetes Kapital	2.543.549,20	2.544
7. Kapitalrücklagen gebundene	4.360.370,05	4.360
8. Gewinnrücklagen a) gesetzliche Rücklage b) andere Rücklagen	145.345,67 28.550.369,00 28.695.714,67	145 28.550 28.695
9. Haftrücklage gemäß § 57 Abs. 5 BWG	4.514.000,00	4.514
10. Bilanzgewinn	7.571.955,86	4.972
	316.710.701,49	285.055
1. Eventualverbindlichkeiten	871.800,00	1.345
2. Anrechenbare Eigenmittel gemäß Teil 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 darunter: Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	41.347.867,43	40.121
3. Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 Eigenmittelanforderungen gemäß Art.92 Abs. 1 lit.a der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 Eigenmittelanforderungen gemäß Art.92 Abs. 1 lit.b der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 Eigenmittelanforderungen gemäß Art.92 Abs. 1 lit.c der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	320.625.885,11 12,90% 12,90% 12,90%	294.384 13,63% 13,63% 13,63%
4. Auslandspassiva	2.565.419,60	3.221

1) Kleinbetrag

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2016

	2016 EUR	2015 TEUR
1. Zinsen und ähnliche Erträge	6.317.847,22	5.873
darunter: aus festverzinslichen Wertpapieren	15.443,00	12
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-343.404,46	-359
I. NETTOZINSERTRAG	5.974.442,76	5.514
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen		
a) Erträge aus Aktien und nicht festverzinslichen Wertpapieren	5.354,51	14
b) Erträge aus Beteiligungen	0,00	0
c) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	13,65	0
	5.354,51	14
4. Provisionserträge	7.302.226,98	6.691
5. Provisionsaufwendungen	-1.334.506,47	-1.106
6. Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften	-39.361,27	712
7. Sonstige betriebliche Erträge	3.696.299,63	949
II. BETRIEBSERTRÄGE	15.604.469,79	12.774
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwand		
darunter:		
aa) Gehälter	-4.361.288,43	-4.446
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-852.584,41	-846
cc) sonstiger Sozialaufwand	-94.703,75	-120
dd) Aufwendungen für Altersversorgung	-253.854,98	-250
ee) Veränderung der Pensionsrückstellung	-127.889,00	432
ff) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	-146.938,24	60
	-5.837.258,81	-5.170
b) sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	-1.984.957,59	-1.511
	-7.822.216,40	-6.681
9. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 8 und 9 enthaltenen Vermögensgegenstände	-27.002,15	-142
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-13.971,04	-67
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN	-7.863.189,59	-6.890
IV. BETRIEBSERGEBNIS	7.741.280,20	5.884
11./12. Saldo aus Zuführung/Auflösungen von Wertberichtigungen auf Forderungen und Rückstellungen für Kreditrisiken	-986.027,50	783
13./14. Saldo aus Wertberichtigungen/Erträgen aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet werden, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	39.374,22	0
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	6.794.626,92	6.667
15. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-483.948,54	-1.614
darunter: aus latenten Steuern	1.052.078,70	0
16. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 15 auszuweisen	-5.707,03	-141
VI. JAHRESÜBERSCHUSS	6.304.971,35	4.912
17. Rücklagenbewegung	0,00	0
VII. JAHRESGEWINN	6.304.971,35	4.912
18. Gewinnvortrag	1.266.984,51	60
VIII. BILANZGEWINN	7.571.955,86	4.972

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der Intermarket Bank AG, Wien, bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2016, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an dem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der beigefügte Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2016 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und bankrechtlichen Vorschriften.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt "Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften, und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit - sofern einschlägig - anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.

Wir tauschen uns mit dem Aufsichtsrat unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.

Wir geben dem Aufsichtsrat auch eine Erklärung ab, dass wir die relevanten beruflichen Verhaltensanforderungen zur Unabhängigkeit eingehalten haben, und tauschen uns mit ihm über alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte aus, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit und - sofern einschlägig - damit zusammenhängende Schutzmaßnahmen auswirken.

Bericht zum Lagebericht

Der Lagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und bankrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Lageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Lagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über die Gesellschaft und ihr Umfeld wurden wesentliche fehlerhafte Angaben im Lagebericht nicht festgestellt.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen beinhalten alle Informationen im Geschäftsbericht, ausgenommen den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Bestätigungsvermerk zur Verfügung gestellt. Unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss deckt diese sonstigen Informationen nicht ab und wir werden keine Art der Zusicherung darauf geben.

In Verbindung mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses ist es unsere Verantwortung diese sonstigen Informationen zu lesen, sobald diese vorhanden sind und abzuwägen, ob sie angesichts des bei der Prüfung gewonnenen Verständnisses wesentlich in Widerspruch zum Jahresabschluss stehen, oder sonst wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Wien, am 14. März 2017

Ernst & Young
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H.

Mag. Andrea Stippl eh
Wirtschaftsprüferin

Mag. Ernst Schönhuber
Wirtschaftsprüfer

Anhang für das Geschäftsjahr 2016 der Intermarket Bank AG, Wien

A. Allgemeine Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Auf den vorliegenden Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 wurden die Rechnungslegungsbestimmungen des Unternehmensgesetzbuches und des Bankwesengesetzes in der geltenden Fassung angewandt.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Die Bilanzierung, die Bewertung und der Ausweis der einzelnen Posten des Jahresabschlusses wurden nach den allgemeinen Bestimmungen der §§ 196 ff. und 211 ff. UGB unter Berücksichtigung der Sondervorschriften für Kapitalgesellschaften der §§ 221 bis 243 UGB vorgenommen. Darüber hinaus wurden die entsprechenden Sonderbestimmungen des Bankwesengesetzes (BWG) berücksichtigt.

Die Prinzipien des Going-Concern, der imparitätischen Realisation, der Vorsicht, der Einzelbewertung, der Vollständigkeit und der Willkürfreiheit wurden angewandt.

B. Angaben zur Aktivseite

1. Forderungen an Kreditinstitute

Die auf Fremdwährung lautenden Forderungen an Kreditinstitute wurden mit den entsprechenden von der OeNB veröffentlichten Devisen-Mittelkursen zum Bilanzstichtag bewertet.

Sämtliche Forderungen an Kreditinstitute sind täglich fällig.

2. Forderungen an Kunden

Die Gliederung der nicht täglich fälligen Forderungen und Guthaben gegenüber Nichtbanken gemäß § 64 Abs. 1 Z 4 BWG stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2016 €	31.12.2015 T€
a) bis zu drei Monate	298.790.226,89	262.612
b) mehr als drei Monate bis ein Jahr	8.839.010,01	8.933
c) mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	0	0
d) mehr als fünf Jahre	0	0

Die Forderungen aus dem Factoringgeschäft wurden zum Nennwert bilanziert. Erkennbare Einzelrisiken wurden durch Wertberichtigungen berücksichtigt.

Die Forderungen in Fremdwährung wurden mit den entsprechenden von der OeNB veröffentlichten Devisen-Mittelkursen zum Bilanzstichtag bewertet.

3. Wertpapiere

Die Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind zur Gänze nicht börsennotierte Wertpapiere und werden wie Anlagevermögen bewertet. Es wird kein Wertpapierhandelsbuch geführt.

4. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu Anschaffungskosten bilanziert. Außerplanmäßige Abschreibungen werden nur im Fall einer voraussichtlich dauernden Wertminderung vorgenommen.

Es besteht eine Beteiligung an der Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft m.b.H., Wien, in Höhe von € 70,00 (2015: € 70,00).

Zusätzlich besteht ein Anteil an verbundenen Unternehmen in Form einer Aktie der Sparkassen IT Holding, Wien, in Höhe von € 7,27 (2015: € 7,27).

5. Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Die Sachanlagen und die immateriellen Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich der bisher aufgelaufenen und im Berichtsjahr 2016 planmäßig fortgeführten Abschreibungen bewertet. Zur Ermittlung der Abschreibungssätze wird generell die lineare Abschreibungsmethode gewählt.

Außerplanmäßige Abschreibungen führen immer dann zu einem niedrigeren Wertansatz, wenn mit einer voraussichtlich dauernden Wertminderung zu rechnen ist. Stellt sich in einem späteren Geschäftsjahr heraus, dass der Grund für eine außerplanmäßige Abschreibung nicht mehr besteht, erfolgt jeweils eine Zuschreibung bis zu den fortgeschriebenen Anschaffungs- und Herstellungskosten oder werden die unterlassenen Zuschreibungen im Anhang angegeben. Im Berichtsjahr gab es keinerlei entsprechende Sachverhalte.

Folgende Nutzungsdauer wird den planmäßigen Abschreibungen zugrunde gelegt:

Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 bis 10 Jahre
------------------------------------	----------------

Im Februar 2016 fand der Umzug der Belegschaft in den „Erste Campus“, das neue Headquarter der Erste Bank Gruppe, statt. Sämtliche in der BGA enthaltenen Möbel und die Telefonanlage wurden kostenlos (und ohne zusätzliche Kosten für Verschrottung) dem Nachmieter überlassen. Mit dem Eigentümer des Mietobjektes Marokkanergasse 5 wurde vereinbart die Einbauten in fremde Gebäude ohne Rückbaukosten, aber ebenfalls ohne Erlöse aus dem Anlagenabgang, zu hinterlassen. Im neuen Büro wird die gesamte Einrichtung inkl. sämtlicher Büromaschinen angemietet.

6. Sonstige Vermögensgegenstände

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind unter anderem Anzahlungen an den Abschlussprüfer in Höhe von € 30.000,00 (2015: € 0,00), debitorische Kreditoren in Höhe von € 17.516,57 (2015: € 11.869,25), Forderungen an die Kreditversicherung aus dem Verkauf der Kundenforderungen der Transfactor Slovakia a.s. in Höhe von € 8.000,00 (2015: € 24.000,00) und Gehaltsvorschüsse in Höhe von € 1.707,12 (2015: € 7.143,57) enthalten.

7. Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungsposten beinhalten v.a. die Abgrenzung der bereits in Rechnung gestellten Versicherungsprämie für das Geschäftsjahr 2017 in Höhe von € 111.472,00 (2015: € 136.447,00) und die Abgrenzung für die im Jahr 2016 neu vereinbarte Jahrespauschale mit dem KSV in Höhe von € 59.383,00 (2015: € 0,00).

8. Aktive latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern gemäß § 198 Abs 10 UGB wurden im Geschäftsjahr 2016 erstmalig aktiviert. Der Wert zum 1.1.2016 betrug € 1.197.763,18 und wurde zur Gänze aktiviert, der Wert zum 31.12.2016 beträgt € 1.052.078,70. Die Bewegung der latenten Steuersalden beträgt somit für das Geschäftsjahr 2016 € 145.684,48.

Der Ansatz der langfristigen Personalrückstellungen in der Steuerbilanz ist um € 1.842.575,00 geringer als lt. UGB; Die Differenz zwischen dem handelsrechtlichen und dem steuerrechtlichen Wert aus dem Verlust vom Verkauf der Beteiligung Transfactor im Jahr 2013 (Siebtelabschreibung) beträgt € 2.365.739,79. Der Steuersatz für die Ermittlung der latenten Steuer 2016 beträgt 25 %.

Basierend auf der aktuellen 5-Jahresplanung ist es sehr wahrscheinlich, dass zu versteuernde Ergebnisse erzielt werden, bevor die noch nicht genutzten steuerlichen Verluste verfallen.

C. Angaben zur Passivseite

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Gliederung der nicht täglich fälligen Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten gemäß § 64 Abs. 1 Z 4 BWG stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2016 €	31.12.2015 T€
a) bis zu drei Monate	211.896.433,10	169.607
b) mehr als drei Monate bis ein Jahr	0	0
c) mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	0	0
d) mehr als fünf Jahre	0	0

Die Verbindlichkeiten in Fremdwährung wurden mit den entsprechenden von der OeNB veröffentlichten Devisen-Mittelkursen zum Bilanzstichtag bewertet.

2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Gliederung der nicht täglich fälligen Verpflichtungen gegenüber Nichtbanken gemäß § 64 Abs. 1 Z 4 BWG stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2016 €	31.12.2015 T€
a) bis zu drei Monate	24.681.412,82	24.974
b) mehr als drei Monate bis ein Jahr	0	55
c) mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	0	0
d) mehr als fünf Jahre	0	0

Die Verbindlichkeiten in Fremdwährung wurden mit den entsprechenden von der OeNB veröffentlichten Devisen-Mittelkursen zum Bilanzstichtag bewertet.

3. Sonstige Verbindlichkeiten

In diesem Posten sind unter anderem Verbindlichkeiten aus der Steuerumlage gegenüber Erste Bank Österreich i.H. von € 1.532.035,83 (2015: € 1.350.678,75) enthalten. In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Aufwendungen in Höhe von € 1.809.277,89 enthalten, welche erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

4. Rückstellungen

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten in Höhe jenes Betrages, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Analog zur Darstellung im Erste-Bank-Konzern werden seit dem Geschäftsjahr 2013 die IFRS-Werte (DBO) für die langfristigen Personalrückstellungen (Abfertigung und Pension) herangezogen. Die Berechnung erfolgt nach anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen auf Basis der biometrischen Richttafeln von Pagler & Pagler.

Für die Berechnung der Pensionsverpflichtungen wurde ein langfristiger Kapitalmarktzins von 1,80 % (Vorjahr: 2,45 %), ein Rententrend von 1,50 % (Vorjahr: 1,70 %) und ein Pensionsantrittsalter von 65 Jahren herangezogen.

Die Abfertigungsverpflichtungen wurden ebenfalls unter Verwendung des Kapitalmarktzins von 1,80 % (Vorjahr: 2,45%), Gehaltssteigerungen von 2,40 % (Vorjahr: 2,60 %) ohne Ansatz von Fluktuationsabschlägen und einem je nach Mitarbeiter individuellen Pensionsantrittsalter errechnet.

Die sonstigen Rückstellungen setzen sich aus folgenden Rückstellungen zusammen:

	31.12.2016 €	31.12.2015 T€
Personalarückstellungen	554.639,00	658
Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	512.088,00	519
Kreditversicherung	63.800,00	46
Raumkosten	60.035,00	0
Drohverlust RST Slowenien	60.000,00	60
RST für Betriebsprüfung	6.476,82	422
Sonstige	37.930,39	64
	1.294.969,21	1.769

Der Verpflichtung, latente Gewinnsteuern auf temporäre Differenzen zwischen dem unternehmensrechtlichen und dem steuerlichen Ergebnis zu berechnen, wurde nachgekommen. Die Rückstellung für passive latente Steuern gemäß § 198 Abs. 9 UGB beträgt € 0,00 (2015: € 0,00).

5. Eigenkapital

Das Grundkapital ist voll mit € 2.543.549,20 aufgebracht und setzt sich aus insgesamt 35.000 Stück Inhaberaktien zusammen. Das Nominale pro Stück beträgt € 72,67.

D. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Zinsen und ähnliche Erträge

Im Posten „Zinsen und ähnliche Erträge“ sind Zinserträge für vorzeitige Kaufpreiszahlungen in Höhe von € 6.083.208,64 (2015: € 5.683.961,04) enthalten.

2. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten vor allem den realisierten Ertrag aus dem Verkauf der Liegenschaft in Höhe von € 2.875.530,43 (2015: € 0,00), Erträge aus weiterverrechneten Leistungen an Konzernunternehmen in Höhe von € 664.637,06 (2015: € 722.039,04), Erträge aus der Auflösung von verjährten Kundenforderungen in Höhe von € 139.707,86 (2015: € 217.424,97) und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von € 15.850,89 (2015: € 6.075,28).

3. Personalaufwand

Im Personalaufwand sind Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen in Höhe von € 23.586,57 (2015: € 22.840,33) enthalten.

Im Posten Gehälter sind keine Aufwendungen bzw. Erträge für Rückstellungen für Jubiläumsgelder und Rückstellungen für vergleichbare langfristige fällige Verpflichtungen enthalten.

Das Wahlrecht, die in den Veränderungen der Rückstellungen enthaltenen rechnungsmäßigen Zinsen im Finanzergebnis auszuweisen, wurde nicht in Anspruch genommen. Sämtliche Veränderungen der Personalarückstellungen sind im Personalaufwand dargestellt.

4. Sonstige Verwaltungsaufwendungen

Im Posten „sonstige Verwaltungsaufwendungen“ sind Aufwendungen für IT Kosten in Höhe von € 482.091,51 (2015: € 489.918,86), Aufwendungen für Bürobetriebsaufwand in Höhe von € 450.805,65 (2015: € 332.364,12), Aufwendungen für Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten in Höhe von € 339.923,61 (2015: € 316.510,06) sowie Aufwendungen für Werbung und Repräsentationen in Höhe von € 228.138,37 (2015: € 166.109,89) enthalten.

5. Abschreibungen

Im Posten „Wertberichtigungen“ sind Abschreibungen für immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von € 27.002,15 (2015: € 142.219,93) enthalten.

6. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen für 2016 betragen € 13.971,04 (2015: € 67.489,78) und enthalten den Buchwertabgang der Betriebs- und Geschäftsausstattung aufgrund der Übersiedlung an den Erste Campus.

7. Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag belasten das Ergebnis vor Steuern mit € 483.948,54 (2015: € 1.614.151,54) und beinhalten den Aufwand für die Körperschaftssteuer in Höhe von € 1.536.027,24 und den Ertrag aus der Aktivierung der latenten Steuern in der Höhe von € 1.052.078,70.

8. Sonstige Steuern

Die sonstigen Steuern für 2016 betragen € 5.707,03 und betreffen im Wesentlichen die Kammerumlage mit € 5.304,97 (2015: € 4.950,45).

9. Aufwendungen für den Abschlussprüfer

Die Aufwendungen für den Abschlussprüfer belaufen sich auf € 51.000,-- und untergliedern sich in folgende Tätigkeitsbereiche:

	31.12.2016 €	31.12.2015 T€
Prüfung des Jahresabschlusses	51.000,00	50.470,00
Andere Bestätigungsleistungen	0,00	0,00
	51.000,00	50.470,00

10. Gesamtkapitalrentabilität

Die Gesamtkapitalrentabilität ergibt sich aus dem Jahresergebnis nach Steuern geteilt durch die Bilanzsumme zum Bilanzstichtag und beträgt 1,99 %.

11. Gewinnverteilungsvorschlag

Der Vorstand wird an den Aufsichtsrat und dieser an die Hauptversammlung den Antrag stellen, aus dem Bilanzgewinn einen Betrag von € 5.549.631,00 der freien Gewinnrücklage zuzuweisen, eine Dividende von € 2.000.000,00 zur Auszahlung zu bringen und den verbleibenden Rest von € 22.324,86 auf neue Rechnung vorzutragen.

E. Angaben zu Unterstrichposten

1. Eventualverbindlichkeiten

	2016 €	2015 T€
	871.800,00	1.345

Die Eventualverbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen Garantien im Zusammenhang mit Exportgeschäften in Höhe von € 871.800 (2015: € 1.345.000).

Neben den Haftungen und Garantien besteht eine Mitgliedschaft in der Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft m.b.H., Wien.

2. Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013

Es wurden bisher unter dieser Position die erforderlichen Eigenmittel in Höhe von 8 % des Gesamtrisikobetrag dargestellt. Basierend auf dem Schreiben der FMA vom 16.02.2015 zur Klarstellung der Position ist hier der Gesamtrisikobetrag zu zeigen - es wurde im vorliegenden Jahresabschluss auch der Vorjahresbetrag dementsprechend angepasst.

3. Fremdwährungsaktiva und Fremdwährungspassiva

Summe des auf fremde Währung lautenden Gesamtbetrages:

	2016 €	2015 €
Aktiva	27.834.084,58	20.522.191,16
Passiva	28.739.296,08	20.480.135,80

Die Gesellschaft verwendet derzeit keine derivativen Finanzinstrumente. Aufgrund des Geschäftsbetriebes ist eine Verwendung derivativer Finanzinstrumente auch zukünftig nicht geplant.

F. Sonstige erläuternde Angaben

Gruppenbesteuerung

Seit dem Wirtschaftsjahr 2012 besteht ein Gruppen- und Steuerausgleichsvertrag mit der Erste Group Bank AG als Gruppenträger. Die Steuerumlage wird nach der Belastungsmethode („stand-alone“-Methode) ermittelt: Der nach KStG und EStG ermittelte steuerpflichtige Gewinn der Intermarket Bank AG wird mit dem geltenden Körperschaftssteuersatz multipliziert und bildet die Steuerumlage. Die Verbindlichkeiten gegenüber der Erste Bank aus der Steuerumlage betragen zum Stichtag 31.12.2016 € 1.532.035,83 (2015: € 1.350.678,75).

Eigenmittel

Das Kernkapital und die ergänzenden Eigenmittel gem. § 64 Abs. 1 Z 16 BWG gliedern sich per 31.12.2016 wie folgt:

	in €
Eingezahltes Kapital	2.543.549,20
Sonstige Rücklagen	37.570.084,72
Gewinnvortrag	1.266.984,51
immaterielle Vermögensgegenstände	-32.751,00
Tier I / Kernkapital	41.347.867,43
add. Tier I / zusätzliches Kernkapital	0,00
Tier II / Ergänzungskapital	0,00
Eigenmittel	41.347.867,43

Angaben über Organe und Arbeitnehmer

1. Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer

Für das Geschäftsjahr 2016 wurde ein durchschnittlicher Personalstand von 52 Angestellten (2015: 53 Angestellte) ermittelt.

2. Bezüge des Vorstandes und des Aufsichtsrates

Die Bezüge der Mitglieder des Vorstandes betragen im Berichtsjahr € 563.780,68 (2015: € 571.264,09).

An die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden Gesamtbezüge in Höhe von € 0,00 (2015: € 0,00) ausbezahlt.

Kredite und Vorschüsse an Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wurden keine vergeben.

3. Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen

	2016 €	2015 €
Vorstand und leitende Angestellte	351.021,69	-290.112,45
Übrige	79.415,09	-44.198,42
	430.436,78	-334.310,87

4. Vorstand, Aufsichtsrat, Betriebsrat

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Sebastian Erich, Wien (Vorsitzender)
 Monika Traub, Wien bis 31.01.2017
 Mag. Patrick Götz (seit 01.02.2017)

Der Aufsichtsrat besteht aus folgenden Mitgliedern:

MMag. Ingo Bleier, Wiener Neustadt (Vorsitzender)
 Mag. Gregor Deix, Wien (Stellvertreter des Vorsitzenden)
 Dr. Ernst Rath, Graz
 Dr. Christian Terink, Linz
 Mag. Dr. Claudia Süßenbacher, Wien

Vom Betriebsrat entsandt:

Gabriele Gilly
 Brigitte Gürtler
 Friederike Praunshofer

5. Konzernverhältnisse

Die Intermarket Bank AG ist in den Konsolidierungskreis der Erste Bank der Österreichischen Sparkassen AG, Wien, eingegliedert, die wiederum in den Konzernabschluss der Erste Group Bank AG, Wien einbezogen ist. Die jeweiligen Konzernabschlüsse sind am Sitz der Unternehmen erhältlich.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Im Dezember 2016 wurde im Rahmen einer Strategiediskussion mit der Erste Group beschlossen, die 79,62 % Anteile, die bis dato von der Erste Bank der österreichischen Sparkassen gehalten wurden, an die Erste Group Bank AG zu übertragen. Der rechtliche Transfer ist Anfang 2017 erfolgt.

Intermarket Bank AG wird im Laufe des Jahres 2017 die operative Verantwortung für alle forderungs-basierten Transaktionen („Forfaiting“ sowie reverse Factoring = „Confirming“) in der Erste Group übernehmen. Die Übertragung Teile dieser Geschäfte wird Zug um Zug im 1. HJ erfolgen.

Zusätzlich dazu wird Intermarket eine Steuerungsfunktion sowie die Produktverantwortung im „Supply Chain Finance“ (SCF) als Konzernfunktion auch für die Erste Group Länder in CEE verantworten.

Ziel dieser Umorganisation ist es, den stark wachsenden Geschäftsbereich SCF mit Corporate Kunden konzernweit aus einer Hand zu steuern, um bestmöglich unsere Kernkunden in Österreich und CEE in einem sich stark entwickelnden Produktsegment professionell zu begleiten.

Im Zusammenhang mit der Übernahme der SCF Geschäfte aus der Erste Group wurde der Vorstand der Intermarket Bank neu besetzt. Monika Traub übernahm mit Anfang Februar 2017 die Bereichsleitung für den Bereich KMU und lokale Großkunden und Mag. Patrick Götz die Position des Marktvorstandes, um in Zukunft einen noch größeren Focus auf den Großkundenbereich und die Implementierung der neuen Produkte zu legen.

Angaben zur Offenlegung

Den Offenlegungsverpflichtungen gemäß Art. 431 ff der VO (EU) Nr. 575/2013 wird auf Grund der Bestimmungen im Art. 6 Abs. 3 iVm Art. 13 der VO (EU) Nr. 575/2013 auf Grundlage der konsolidierten Finanzlage vom übergeordneten Kreditinstitut, Erste Group Bank AG, auf deren Homepage www.erstegroup.com nachgekommen.

Die Offenlegung betreffend corporate governance und Vergütung gem. § 65a BWG findet auf der Homepage der Intermarket Bank AG, www.intermarket.at/de/Impressum_Footer statt.

Wien, am 14. März 2017

Der Vorstand

Sebastian Erich

Mag. Patrick Götz